

Die USA im Wahlkampf

Analysen in *Le Monde* und der *Süddeutschen Zeitung*

Kerstin Bacher*



Die US-Vorwahlen spielen auch in der politischen Debatte in Europa eine wichtige Rolle. Das Ende der Regierung Bush und die bedeutenden Herausforderungen, die über die Zukunft der amerikanischen Supermacht entscheiden, erklären das Interesse der europäischen Medien für die Präsidentschaftswahlen 2008 in den Vereinigten Staaten.

Die Auswertung der Tageszeitungen *Le Monde* und *Süddeutsche Zeitung* (SZ) mit 1,89 bzw. 1,54 Millionen Lesern, beide politisch Mitte-Links anzusiedeln und jede mit drei Korrespondenten in den Vereinigten Staaten, bezeugt die Aktualität dieses Ereignisses, aber auch das Ungleichgewicht in der Medienberichterstattung im Zeitraum vom 1. August bis 12. Dezember 2007, das heißt noch vor Beginn der Vorwahlen im Januar 2008.

Die Kandidaten der Republikaner

Die SZ berichtet über die Kandidaten der Republikanischen Partei in 28 Artikeln, *Le Monde* in nur 16.

⇒ Rudolph Giuliani

Zur Kandidatur von Giuliani stellt die deutsche Tageszeitung die Frage, ob für die christlichen Konservativen ein solcher Republikaner wählbar ist. Die „*schlechten Familienwerte*“ des Mannes werden beschrieben, der drei Mal verheiratet war, die Beziehung zu seinen Kindern aus zweiter Ehe abgebrochen hat und der sich für Abtreibung und die Rechte der Homosexuellen einsetzt. Für den religiösen Flügel der Konservativen ist er damit zu liberal. Giuliani wird darüber hinaus als knallhart beschrieben, er ist ein Befürworter der Folterpra-

xis des „*waterboarding*“, sofern diese von „*the right person*“ ausgeführt wird. Die unerwartete Unterstützung durch Pat Robertson, der das Attentat von 2001 als göttliche Strafe gegen eine Nation betrachtet, die Homosexualität und Abtreibung toleriert, wird als verzweifelter Versuch gewertet, die Stimmen dieser christlichen Konservativen zu gewinnen. Die Zeitung erwähnt sein Engagement als Bürgermeister von New York und seine Popularität, die er nach dem 11. September erlangte. Ihre Schlussfolgerung lautet, dass den Konservativen bei einer Wahl, die in der politischen Mitte gewonnen wird, nichts anderes übrig bleibe, als das „*geringere Übel*“, also Giuliani zu wählen.

In der französischen Tageszeitung wird sein Bild aus zwei Blickwinkeln geschildert und deckt sich nur in Teilen mit der Darstellung in der SZ. Zwar interessiert sich *Le Monde* auch dafür, dass seine Position in Fragen zur Gesellschaft stark von der Meinung abweicht, die man von einem Kandidaten der Republikanischen Partei erwartet. Doch meistens geht es in den Beiträgen um seine Parteinahme für eine noch aggressivere Außenpolitik als sie Präsident Bush im Irak, gegenüber Iran oder in der Frage des Palästinenserstaats verfolgt. Auch wird häufiger an seine Vergangenheit als Bürgermeister von New York und seine nationale und internationale Bekanntheit erinnert, die er nach dem 11. September erlangte. Während

* Kerstin Bacher, Georgetown University, Washington D.C. / Humboldt Universität, Berlin. Übersetzung: Dr. Erika Mursa.

sein Name in *Le Monde* in nahezu der Hälfte aller Artikel zum Präsidentschaftswahlkampf genannt wird, geschieht dies in der *SZ* nur in einem Drittel der Fälle. Die Fokussierung auf sein außenpolitisches Programm und auf seine Führungsstärke nach den Attentaten vom 11. September 2001 lässt ihn in der französischen Zeitung als ein ernsthafterer Kandidat erscheinen als in der deutschen Presse, die vor allem die Ambivalenz eines republikanischen Kandidaten betont, der nicht der Norm entspricht.

⇒ Mitt Romney und Mike Huckabee

Mitt Romney, ein Mormone, der einer vermutlich eigenartigen Sekte zugeordnet wird, fasziniert die deutsche Zeitung. Er wird als außergewöhnlicher Redner dargestellt, als Verteidiger von moralischen Werten und Befürworter eines Ausbaus von Guantánamo; allerdings erscheint er wenig glaubwürdig, da er in den 1990er Jahren als Gouverneur die Abtreibung und die Ehe von homosexuellen Paaren tolerierte. *Le Monde* dagegen erwähnt den Kandidaten der Mormonen, der in der neokonservativen Dynamik von George Bush steht, nur am Rande. Die französische Zeitung betont dessen Entschlossenheit, jegliche illegale Immigration zu bekämpfen und stellt das von ihm verkörperte Modell des Familienvaters nicht infrage.

Mike Huckabee taucht in der *SZ* relativ spät auf. Er wird als ein konservativer *self-made man* mit Bodenhaftung beschrieben, wie ihn die Amerikaner schätzen, der seinen Erfolg nicht nur seinem Humor, sondern auch der Strategie seiner Rivalen zu verdanken hat, die ihn nicht ernst zu nehmen scheinen. Auch in der französischen Presse wird er recht einseitig präsentiert, wenn auch unter einem anderen Aspekt: Huckabee ist tatsächlich der einzige Kandidat, der ausschließlich über seine religiöse Zugehörigkeit charakterisiert wird, was seine im Vergleich zu Romney höhere Popularität erklären soll.

Zwar unterstreichen beide Zeitungen die Bedeutung der Religion bei der Beurteilung der beiden Kandidaten, doch nimmt die *SZ* die Verunsicherung bei den streng Konservativen in den Blick, während *Le Monde* sich in diesem Punkt weniger kritisch zeigt und sich stärker auf die außenpolitischen Positionen konzentriert.

Die Kandidaten der Demokraten

Die beiden wichtigsten Kandidaten der Demokraten, denen die beiden Tageszeitungen politisch näher stehen, erzielen mehr Beiträge: 36 in der *SZ*, 29 in *Le Monde*.

⇒ Hillary Clinton

Die Senatorin des Bundesstaats New York taucht in der *SZ* in mehr als der Hälfte aller Beiträge zum Thema auf. Die Zeitung konzentriert ihre Aufmerksamkeit auf deren Kampf für eine allgemeine Krankenversicherung, eine der „größten Herausforderungen“ der Vereinigten Staaten. Sie habe aus ihrem Misserfolg als First Lady gelernt und schlaue dieses Mal eine realisierbare Reform vor. Zweiter Fokus der Berichterstattung in der *SZ* ist der immer wieder kehrende Hinweis auf den „Bill-Faktor“, ihr „größter Triumph und ihr größtes Risiko“. Bill Clintons Popularität auf der nationalen und sein Ansehen auf der internationalen Bühne würden demnach Hillary zugute kommen, einer starken Frau, die in der Lage ist, den Attacken der demokratischen „boys“ die Stirn zu bieten, der es jedoch nicht so leicht gelingt, die Nähe zu ihren Landsleuten unter Beweis zu stellen. Die Zeitung hält sich nicht zurück mit ihrer Kritik an den unklaren programmatischen Positionen der Kandidatin (Irak, Iran, illegale Zuwanderung) und an deren Manie, systematisch Umfragewerte zurate zu ziehen, bevor sie öffentlich Position bezieht. Eine solche mangelnde Eindeutigkeit könnte sie aber letztlich die Kampagne kosten.

Le Monde begleitet die Kandidatin mit demselben Eifer und widmet ihrer Kampagne nahezu zwei Drittel aller einschlägigen Artikel mit ähnlichen Themenschwerpunkten, nämlich Kampf für die allgemeine Krankenversicherung und für soziale Gerechtigkeit. Hillary wird dabei als Befürworterin von Staatsinterventionen beschrieben, die zugleich die Freiheit des Individuums und den Privatsektor respektieren. Auch ihre Erfahrungen als First Lady werden angeführt, nicht jedoch ihre Arbeit als Senatorin. Dafür interessiert sich das französische Blatt stärker für ihre Kommunikationsstrategie, die ihre Nähe zur amerikanischen Mittelklasse zeigen soll, deren Alltagsorgen sie

aus eigenen Erfahrungen gut kennt. Ein anderer Unterschied besteht darin, dass ihre außenpolitische Haltung mit größerer Aufmerksamkeit und kritisch betrachtet wird, hat sie doch mit ihrer Stimme George Bush 2002 den Einmarsch in den Irak gestattet. Nach Ansicht von *Le Monde* ist sie die entschlossenste Gegnerin der Republikaner und am ehesten in der Lage, den Wandel herbeizuführen. Die Darstellung Clintons weist somit größere Ähnlichkeiten in beiden Zeitungen auf als die der republikanischen Kandidaten.

⇒ Barack Obama

Clintons wichtigster Rivale nimmt in der Berichterstattung der *SZ*, die von seiner Kapazität zur Finanzierung des Wahlkampfes fasziniert ist, zunehmend mehr Platz ein (mehr als 40 % der Artikel gelten ihm). Der Senator aus Illinois wird als der Kandidat vorgestellt, der das größte Kapital an Sympathie und Vertrauen genießt, der seine Ideen klarer ausdrückt als Hillary Clinton und schließlich als derjenige, der am Besten eine Politik des Wandels verkörpert. Was allerdings die Demokraten am meisten interessiert, ist nicht ein Kandidat, der nützen kann, sondern einer, der siegen kann. Und in dieser Hinsicht scheint Clinton am Besten positioniert.

Das Bild von einem schwarzen Kandidaten, der auf seine Opposition zum Irak-Krieg fixiert ist und darauf seine Wahlkampfstrategie aufbaut, wird in *Le Monde* weitaus eindeutiger gezeichnet. Die Zeitung sieht in ihm schlichtweg den amerikanischen Traum verkörpert, den Traum des Sohnes eines schwarzen Einwanderers und einer weißen Mutter, der Präsident werden will. Allerdings hält man ihm mangelnde Eindeutigkeit und Irrtümer vor, wenn er sich konkret äußern soll, vor allem seine Ausflüchte, wenn es um den Zeitpunkt des Rückzugs amerikanischer Truppen aus dem Irak geht. Im Gegensatz zu Clinton scheint es ihm an Erfahrung, vor allem in der Außenpolitik, zu fehlen. Während die *SZ* mehr auf die Persönlichkeit des Kandidaten abhebt, bevorzugt *Le Monde* außenpolitische Themen, um die beiden Rivalen voneinander abzugrenzen.

Unterschiedliche Schwerpunkte

Insgesamt scheint sich *Le Monde* mehr für die außenpolitischen Positionen der Kandidaten zu interessieren, vor allem zum Irak-Krieg, während die *SZ* den Faktoren Religion und Innenpolitik größere Priorität einräumt. Diese unterschiedlichen Ansätze sind in erster Linie historisch und kulturell bedingt. Frankreich hat schon immer die Außenpolitik als ein entscheidendes Machtinstrument betrachtet und die Vereinigten Staaten in gewisser Weise als Rivale verstanden (vgl. die Rede von Dominique de Villepin vor der UNO anlässlich des Einmarschs in den Irak). Im Gegensatz dazu sah das atlantisch orientierte Deutschland seit 1949 die Außenpolitik nicht als Vektor von Identifikation und Macht, da beispielsweise das nationalsozialistische Erbe jegliche militärische Intervention problematisch macht (vgl. die Widerstände gegen die Einsätze im Kosovo und in Afghanistan). Unterschiedliche nationale Entwicklungen erklären, warum in der Pressedarstellung die Religion im Wahlkampf ungleiche Bedeutung einnimmt. Die Trennung von Kirche und Staat hat in Frankreich 1905 die religiöse Zugehörigkeit in die Privatsphäre verwiesen, womit sie als Argument im Wahlkampf untersagt wurde. Die in Deutschland viel später erfolgte Säkularisierung ließ ein politisches Spielfeld entstehen, das stark von religiöser Zugehörigkeit geprägt war (CDU/CSU). Dagegen kann die vergleichbare Haltung der beiden Zeitungen gegenüber den Kandidaten der Demokraten als Zeichen der Konvergenz in Europa verstanden werden, wobei die europäische Sicht wichtiger wird als die nationale Perspektive, die schon allein durch die Folgen der Globalisierung an Bedeutung verloren hat.

In dem Maße, wie sich 2008 sowohl die Kampagne als auch die Berichterstattung in den europäischen Medien intensiviert, werden sich diese Elemente der Berichterstattung schärfer abzeichnen, insbesondere mit dem Auftreten des republikanischen Kandidaten John McCain, der in den Beiträgen von *SZ* und *Le Monde* im zweiten Halbjahr 2007 überhaupt noch nicht auftauchte.